



Die Knebel-Verträge von Pfizer

Description

Zahlreiche Regierungen haben in den frühen Tagen von COVID Knebel-Verträge mit dem Impfstoff-Lieferant Pfizer abgeschlossen, mit denen sie ihre Souveränität verkauft haben. Vielleicht haben sie in Panik gehandelt, vielleicht nicht. Wie auch immer, Pfizer hat Bedingungen diktiert, die keine Regierung dieser Welt jemals hätte akzeptieren dürften.

Eine seit 50 Jahren etablierte und als vertrauenswürdig geltende Organisation namens "Public Citizen" hat Vertragsunterlagen von Pfizer mit Albanien, Brasilien, Kolumbien, Chile, der Dominikanischen Republik, mit der EU, mit Peru und anderen Ländern einsehen können. Vermutlich lauten die Verträge überall sonst ähnlich.

Beispiele für die Knebel-Bedingungen in den Verträgen ([Quelle](#)):

- Der Regierung ist es verboten, über die Existenz des Vertrages und seine Details, sowie über die Beziehung zu Pfizer zu berichten. Pfizer kann im Einzelfall eine Genehmigung erteilen. Normalerweise sind demokratische Regierungen ihren Bürgern zu Rechenschaft verpflichtet, dazu gehören aber eben auch Details hinsichtlich ihres Wirkens.
- Pfizer kontrolliert die Auslieferung und Verteilung der Impfdosen, nicht das Land, das sie kauft. Das bringt Pfizer in eine Monopol-Situation, das Land kann seine Impfdosen z.B. nicht als Spende an andere Länder weiterleiten oder von anderen Ländern Lieferungen bekommen.
- Das Vertragsland erkennt die intellektuellen Rechte von Pfizer an dem Produkt vollumfänglich an, auch wenn die Firma nicht alle Inhaltsstoffe veröffentlicht. Pfizer sichert auch nicht zu, dass der Firma alle das Produkt betreffende Patent- oder anderen Rechte gehören. Wenn Pfizer wegen Patentverletzungen diese Impfung betreffend angeklagt wird, muss das Vertragsland Pfizers Rechte verteidigen.
- Wenn es Streitigkeiten etwa über den Vertrag und über Lieferungen gibt, entscheiden Pfizers Anwälte nach New Yorker Recht über den Ausgang. Das nationale Recht des Vertragslandes ist nicht bindend. Pfizer wird von aller Haftung freigestellt. Rechtsschutz wegen Impffolgen haben die Bürger des Vertragslandes nur gegen ihre eigene Regierung – wenn überhaupt.
- Pfizer entscheidet über die Liefertermine, denen das Vertragsland zustimmen und Pfizers Instruktionen folgen muss. Vertragsstrafen bei Verzögerungen sind nicht vorgesehen.
- Als Sicherheit für die Vertragserfüllung stellt die jeweilige Regierung bestimmte Assets, etwa Bankguthaben, Eigentum an Öl-Raffinerien, Schürfrechte oder Botschaftsgebäude.

Vertragsbedingungen mit ausgewählten Ländern ([Quelle](#)):

Purchaser	Date	Type	Doses	Price Per Dose	Total Cost
Albania	Draft ¹	Draft Definitive Agreement	500,000	\$12	\$6 million
Brazil	03/15/21 ¹	Definitive Agreement	100 million	\$10	\$1 billion
Colombia	02/02/21 ¹	Definitive Agreement	10 million	\$12	\$120 million
Chile	12/01/20 ¹	Definitive Agreement (Redacted)	10 million	Redacted	Redacted
Dominican Republic	10/29/20 ¹	Binding Term Sheet ¹⁰	8 million	\$12	\$96 million
European Commission	11/20/20 ¹¹	Custom Advance Purchase Agreement	200 million	\$18.6 ¹²	\$3.7 billion
Peru	09/17/20 ¹¹	Binding Term Sheet	10 million	\$12	\$120 million
United States	07/21/20 ¹⁴	Custom Advance Purchase Agreement (Redacted)	100 million	\$19.5	\$1.95 billion
United Kingdom	10/12/20 ¹⁵	Custom Advance Purchase Agreement (Redacted)	10 million	Redacted	Redacted

Wer kontrolliert Pfizer? Vanguard Group, BlackRock, State Street Corporation, Wellington Management Company und Capital World Investors halten zusammen eine Mehrheit an den 5,6 Milliarden ausstehenden Aktien des Konzerns. Dieselben Namen halten große Beteiligungen an nahezu jeder dominierenden globalen Firma. Blackrock und Vanguard allein verwalten aktuell insgesamt fast 17 Bill. Dollar.

Hinter diesen Organisationen wiederum steht ein Netzwerk mächtiger Familien und deren Stiftungen – Namen wie Rockefeller, Gates, Wellcome Trust und andere. Ihre (Kapital-)Macht versetzt sie in die Lage, die Rahmenbedingungen für das Leben von Milliarden Menschen zu setzen.

Die nationalen Regierungen sind längst eingeknickt und unterwerfen sich dem Diktat der mächtigsten Kapital-Institutionen, wie sich am Beispiel der Pfizer-Verträge zeigt. Länder werden so zu willenlosen Dienern dieser Herren.

Pfizer fährt in 2021 voraussichtlich Rekordprofite von über 20 Mrd. Dollar ein. "Ein so erfolgreiches Medikament war noch nie auf dem Markt", jubeln Pharma-Experten. Nachdem das Impfgeschehen in den reicheren Ländern nun in eine gewisse Sättigung läuft, werden die dortigen Regierungen als willige Handelsvertreter tätig und versuchen mit den übelsten Mitteln, Ungeimpfte unter Druck zu setzen. Schließlich soll das Geschäft von Pfizer weitergehen, halbjährliche Auffrischungsimpfungen inbegriffen. Die EU hat bei Pfizer bereits weitere 1,8 Milliarden Dosen zu einem um 25% höheren Preis bestellt (siehe [hier](#)!). Bei Pfizer-Partner Biontech in Mainz (Adresse "an der Goldgrube") freut man sich auch. Jetzt sollen die Regierungen Afrikas mit durchweg niedrigen Impfquoten aufs Korn genommen werden.

[Unter Verwendung von Material aus „[TURNS OUT PFIZER ARE A BUNCH OF PRICKS](#)“]

Nachtrag:

(16.11.21) Nach Angaben eines Whistleblowers, der an der Phase-3-Studie mit dem COVID-Impfstoff von Pfizer mitgewirkt hat, [wurden u.a. Daten gefälscht](#). Die US-amerikanische FDA verfolgte die Meldung nicht (h/t [Uncutnews.ch](#)). Das pdf-Dokument mit dem Titel "Pfizer Whistleblower Sinks Vaccine Trial Integrity" [kann hier heruntergeladen werden](#).

(21.11.21) Angesichts der mittlerweile bekannt gewordenen groben Fehler in den Zulassungsstudien bezüglich des Pfizer/Biontech-Impfstoffs fordern Wissenschaftler die Veröffentlichung der für die im August in den USA erfolgte reguläre Zulassung bei der FDA vorgelegten aktualisierten Daten einer größeren klinischen Studienpopulation. Die Behörde wird dem auch Folge leisten, aber erst im Jahr 2076 (siehe [hier](#)!). Eine solch lange Frist ist, gelinde gesagt, unüblich. Was also hat die Behörde zu verbergen?